

Tausende streiken wegen iPhone 5

FOXCONN sda. Der Produktionsdruck bei Apples neuem iPhone 5 sorgt für Streit beim Auftragsfertiger Foxconn. Das Unternehmen räumte am Samstag eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Qualitätskontrolleuren in einem seiner chinesischen Werke ein. Den Bericht einer Arbeitsrechtsorganisation über einen Streik mehrerer tausend Arbeiter, der die Produktion unterbrochen habe, wies Foxconn aber zurück. Der Streit sei noch am Freitagnachmittag beigelegt worden, sagte ein Sprecher der Finanznachrichtenagentur Bloomberg am Samstag.

Die Organisation China Labor Watch hatte zuvor berichtet, etwa 3000 bis 4000 Arbeiter im Werk Zhengzhou hätten am Freitag die Arbeit niedergelegt. Mehrere Produktionslinien seien dadurch gestoppt worden. Eine Bestätigung für eine gross angelegte Arbeitsniederlegung aus weiteren Quellen gab es nicht. Foxconn ging nicht näher auf die Hintergründe des Streits ein. China Labor Watch zufolge gab es mehrere Gründe für die Unzufriedenheit der Arbeiter.

Zu hohe Anforderungen

So seien sie aufgefordert worden, Feiertage durchzuarbeiten. Ausserdem werfen die Arbeiter der Organisation zufolge der Werksleitung und Apple vor, zu hohe Qualitätsanforderungen zu stellen, ohne die Beschäftigten entsprechend ausgebildet zu haben. Apple hatte schon bei der Vorstellung des iPhone 5 betont, dass die Geräte zum Teil mit einer Präzision von Bruchteilen eines Millimeters zusammengebaut würden. Jetzt soll diese Genauigkeit ein Auslöser des Streiks gewesen sein, ebenso wie Probleme mit Kratzern auf der Aluminium-Rückseite des Telefons.

Griechenland wartet weiter

HILFSGELDER sda. Griechenland wird sich laut Regierungskreisen bis zum Treffen der Finanzminister der Eurozone am Montag nicht mit seinen Geldgebern auf Milliardenersparungen einigen. Ein hochrangiger Vertreter des Finanzministeriums in Athen sagte am Samstag, von einer Übereinkunft sei nicht auszugehen. Eher sei damit zu rechnen, dass die Verhandlungen noch weitere zwei Wochen dauern würden. Die Gespräche machten aber nach Darstellung Griechenlands wie auch der Geldgeber Fortschritte. EZB-Direktionsmitglied Jörg Asmussen lehnte die jüngste Bitte des griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras nach finanziellen Erleichterungen allerdings ab.

Schäuble will in Singapur fischen



Die Wolkenkratzer in Singapurs Finanzdistrikt spiegeln sich in einem Koi-Teich.

Keystone/Wong Maye-e

STEUERN Deutschland will die Steuerflucht nach Singapur vereiteln. Finanzminister Schäuble will über einen Informationsaustausch verhandeln.

BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Die angebliche Flucht deutscher Steuerhinterzieher aus der Schweiz nach Singapur ist eines der Reizthemen im schweizerisch-deutschen Steuerstreit. Die Reisepläne von Wolfgang Schäuble lassen deshalb auch in Bern aufhorchen. Kommentieren wollte sie gestern im Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) niemand. Sprecherin Nadia Batzig erinnerte auf Anfrage aber an frühere Stellungnahmen, wonach es keine substanziellen Abflüsse von deutschen Geldern nach Singapur gibt. Ein Strom solcher Gelder sei eher in umgekehrter Richtung zu beobachten.

Deutsche Regierungskreise bestätigten einen Bericht der «Bild»-Zeitung, wonach Wolfgang Schäuble in einer Woche nach Singapur reist, um mit der dortigen Regierung über ein Auskunftsabkommen zu verhandeln. Damit soll Deutschland Informationen über deutsche Steuerhinterzieher erhalten, die ihr Geld in den südostasiatischen Stadtstaat ver-

soben haben. Die Voraussetzungen für ein solches Abkommen werden in Berlin positiv eingeschätzt. Denn Singapur verfolgt ähnlich wie die Schweiz eine Weissgeldstrategie. Mit der Übernahme von internationalen Standards beim Informationsaustausch will das grosse Finanzzentrum den Ruf des Steuerparadieses loswerden.

Wie direkt Schäubles Südostasien-Mission mit dem Schweizer Steuerabkommen zusammenhängt, blieb gestern offen. Der Zusammenhang ist aber naheliegend. Eines der Hauptargumente der deutschen Opposition gegen den von Schäuble mit der Schweiz unterzeichneten Steuerdeal sind die sogenannten «Abschleicher». Gemeint sind jene deutschen Steuerhinterzieher, die ihr Geld noch vor dem geplanten Inkrafttreten des Steuerabkommens am kommenden 1. Januar von der Schweiz in ein sicheres Steuerparadies verschieben.

Deutsche Medien mutmassten im Sommer über einen Abfluss in zweistelliger Milliardenhöhe nach Singapur. Unter Berufung auf Kreise im Finanzministerium des SPD-regierten Bundeslands Nordrhein-Westfalen wurde die UBS überdies wegen angeblicher Beihilfe zu solchen Operationen an den Pranger gestellt. Die Grossbank dementierte, und später stellte sich heraus, dass die angebliche «Papierspur» nach Singapur offensichtlich älteren Datums ist. Ein Abfluss von deutschen Geldern aus der Schweiz nach Singapur lässt sich

auch aus den wenigen verfügbaren Statistiken nicht ablesen. Staatssekretär Michael Ambühl nannte am vergangenen 24. September vor dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags erste Zahlen aus einer Erhebung, die bei den wichtigsten Schweizer Vermögensverwaltungsbanken durchgeführt worden. Bei einer Grossbank seien in der Zeit zwischen der Unterzeichnung des Steuerabkommens und Ende August dieses Jahres bloss 2,5 Promille der deutschen Vermögen in Länder ausserhalb Europas abgezogen worden. Abschliessende Zahlen dieser Umfrage gibt es noch nicht. Die Auswertung sei noch im Gang, sagte die EFD-Sprecherin gestern.

Geringe Erfolgsaussichten

Ambühl verwies in einem Interview der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» auch auf die Credit Suisse. Die Grossbank stelle in den vergangenen zwei Jahren eine Umkehr der Geldströme fest. Es komme mehr deutsches Geld aus Singapur in die Schweiz als umgekehrt. Die Schweiz hat Deutschland im Abkommens zugesichert, die zehn grössten Destinationen samt Summe zu nennen, in die deutsche Gelder seit der Unterzeichnung des Abkommens im September 2011 abgezogen wurden.

Die Banken selber haben sich in Ständesregeln verpflichtet, die Abschleicher nicht aktiv zu unterstützen. Halten all diese Vorkehrungen, was sie versprechen, dürfte Schäubles Jagd nach Abschlechtern in Singapur wenig erfolg-

400 000 Franken setzte Auns ein

REFERENDUM kä. Die gescheiterten Referenden gegen die Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien kommen die Aktion für eine neutrale und unabhängige Schweiz (Auns) teuer zu stehen. Die Auns habe dafür «sicher mehr als 400 000 Franken» eingesetzt, sagte Auns-Präsident Pirmin Schwander auf Anfrage. Dazu kämen unzählige Stunden. Gemäss Schwander missglückte das Unternehmen auch, weil viele Gemeinden geglaubt hätten, sie müssten beim Beglaubigen der Unterschriften nicht pressieren, weil die Referendumsfrist noch nicht so schnell ablaufe. Diese Gemeinden hätten aber die Frist für das Referendum gegen das Raumplanungsgesetz im Kopf gehabt.

reich sein. Vielleicht handelt es sich eher um eine innenpolitische Beruhigungspille, um den deutschen Kritikern des Steuerdeals Wind aus den Segeln zu nehmen. Das Abkommen droht am Widerstand der Oppositionsparteien in der Länderkammer (Bundesrat) zu scheitern.

Wenn man sich auf den Montagmorgen freut

In den nächsten Wochen ziehen mehr als 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Johnson & Johnson in ihre neuen Räumlichkeiten auf dem ehemaligen Siemens-Areal in Zug ein. Sie zählen zum Innovativsten, was man derzeit in der Schweiz überhaupt erleben und erfahren kann. Die Arbeitsumgebung ist derart, dass man sich am Freitagabend schon wieder auf den Montagmorgen freut.

Die Grundlage war der Entscheid, das Gebäude nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu planen und zu erstellen. Harte Diskussionen zwischen Architekten, Ingenieuren und Investoren waren absehbar. Denn der Investor, der Green Property Fund der Credit Suisse, ist nicht einfach ein Gutmensch-Fundmanager, sondern sorgt dafür, dass sich das nachhaltigste Geschäftsgebäude der Schweiz auch finanziell nachhaltig lohnt. Betrachtet



man den gesamten Nutzungszyklus, wird dieses Investment wohl mehr rentieren als vieles, was heute im leicht überhitzten Liegenschaftsbereich noch rasch auf den Markt geworfen wird. Denn nachhaltiges Bauen mündet letztlich auch in nachhaltiges Vermieten und nachhaltige Renditen.

Nicht nur die Materialisierung im Neubau überzeugt, sondern auch die moderne Gestaltung

der Arbeitsplätze, Gesprächs- und Pausenräume sowie der Umgebung. Für die Wärme im Gebäude wird der Grundwasserstrom angezapft; im Som-

ANSICHTEN

mer lassen sich die Räume mit demselben Wasser abkühlen. Die LED-Lampen (100 Prozent) werden aus einer Fotovoltaikanlage gespeist. Mit Regenwasser vom Dach werden die WCs gespült. Durch neue Technologien der Lüftung und die Ionenzufuhr in der Luft entsteht im ganzen Gebäude der Eindruck, als würde man frische Waldluft einatmen.

Die Konzentrationsfähigkeit hat sich erwiesenermassen in solchen Räumen deutlich verbessert. Wer deswegen abends noch nicht müde wäre, kann auch noch in den hauseigenen Fitnessraum. Oder mit den Kindern in der internen Betreuungsstätte rumbalgen. Und mit dem Bienenhaus, das im Innen-

hof seinen Platz gefunden hat, wird man immer auch an die Grundidee erinnert.

Die Idee beginnt damit, dass man Neubauten nicht in der Peripherie erstellt, sondern zentrale, erschlossene Lagen besser nutzt. Rasch zur Bahn, beim Bus oder Velo soll man sein und möglichst wenig den Individualverkehr nutzen. Das Personalrestaurant Puur ist nicht einfach funktional, sondern genügt höchsten Ansprüchen, und dennoch hat es in Fussdistanz noch vieles,

« Der Weg zum nachhaltigen Bauen ist noch lang. »

was auch spät abends noch offen ist. Der Weg zum nachhaltigen Bauen ist noch lang. In einer Arbeitsgruppe des Bundesamtes für Energie, in der ich mitwirke, werden Standards erarbeitet. Doch mir geht es nicht um Labels wie

Green Property, Minergie-Eco oder US-Leed. Vielmehr muss es zur zwingenden Disziplin werden, integral zu denken und zu handeln, bereits in der Konzeptphase. Allein das Bauen per se liess sich vielenorts mit lokalen Materialien, vielleicht ergänzt mit Recycling-Beton, und einem optimierten Subunternehmer-Einsatz umweltschonender erbringen.

Aber dahinter braucht es einen, der diese Denkwiese umsetzen will. In den drei grössten Volkswirtschaften der Welt, in den USA, in China und in Japan, wird vor allem gesündigt. Der Amerikaner baut ein billiges Haus, verbraucht viel Strom und Öl und schert sich nicht um die Umwelt. Um die Öllieferungen zu sichern, werden gar Kriege geführt. Ist das nicht nachhaltig dumm?

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS

► Maurice Pedernana (47) ist Professor für Banking and Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). Details dazu finden Sie auf dem Blog <http://blog.hslu.ch> ◀